

Transformation zur Klimaneutralität in der Freien Wohlfahrtspflege ermöglichen

*Ein Forderungspapier des Paritätischen Rheinland-Pfalz/Saarland e.V. unterstützt von den
BUND-Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Saarland*

Präambel

Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland haben sich eindeutige Ziele im Klimaschutz gesetzt. Der Paritätische Rheinland-Pfalz/Saarland ist gerne bereit, sich mit seinen ca. 600 Mitgliedsorganisationen und deren 50.000 Mitarbeitenden sowie mehr als 16.000 Ehrenamtlichen einzubringen und die Transformation zur Klimaneutralität mitzugestalten. Wichtig ist uns, dass jede Mitgliedsorganisation, unabhängig von ihrer Größe und ihrem Budget an der Transformation mitwirken kann. Wir verstehen uns als Teil der Lösung und fassen Nachhaltigkeit als Teil der betrieblichen Bildung auf. Über die frühkindliche Bildung kann bereits in jungen Jahren eine Sensibilisierung für das Thema erreicht werden.

Schwierige rechtliche Rahmenbedingungen und mangelnde finanzielle Fördermöglichkeiten hemmen effektive Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei unseren Mitgliedsorganisationen. Einige Finanzierungsoptionen stehen den Rechtskreisen unserer Mitgliedschaft (eingetragene Vereine, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Stiftungen) schlichtweg nicht zur Verfügung.

Auch im Bereich Klimaanpassung stehen wir vor großen Herausforderungen. Steigende Temperaturen stellen z.B. eine Gefahr für unser Klientel und damit auch für Mitarbeitende dar.

Da unsere Mitgliedsorganisationen in einigen Fällen vom Bund, in anderen durch die Länder oder Kommunen gefördert sind, richten sich unsere Forderungen grundsätzlich an alle staatlichen Ebenen.

Die Forderungen im Einzelnen:

1. Sozialrechtliche Verankerung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit notwendig

Wir fordern eine Verankerung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele in den Sozialgesetzbüchern und im Landesrecht, die gleichrangig zu anderen Zielen sein müssen. Leistungs-, Versorgungs- und Rahmenverträge zwischen den Leistungserbringern und Leistungsträgern müssen die nachhaltige Gestaltung der Dienstleistungen einfordern und gewährleisten.

2. Bessere Förderkulisse für gemeinnützige Einrichtungen schaffen

Wir fordern eine Einbindung in die Erstellung von Förderprogrammen für gemeinnützige Einrichtungen und deren Träger zur Umsetzung von Investitionen in Klimaschutz. Die aktuellen Förderprogramme sind in ihrer Ausgestaltung, z. B. im Hinblick auf die Förderquoten und Fördersummen für gemeinnützige Träger häufig ungeeignet oder aufgrund ihrer Rechtspersönlichkeit nicht zugänglich. Es braucht daher bessere Förderprogramme, d.h. eine Ausweitung und die Auflage neuer Programme.

3. Gebäudebestand für die Zukunft fit machen

Wir fordern ein eigenständiges, den Bedarfen gemeinnütziger Träger angepasstes Förderprogramm, für die energetische Sanierung der Gebäude im Bestand der Freien Wohlfahrtspflege.

Die deutschen Gebäuderenovierungspläne und die Null-Emissions-Neubauvorgaben im Rahmen der europäischen Gebäuderichtlinie sollten als verbindliche Vorgaben für Planungen mit Kostenträgern gelten und dabei auch die Anreizproblematik adressieren, um die Wirtschaftlichkeit von Energieeinsparungen besser darstellen und konsequenter umsetzen zu können.

4. Flächendeckende Eigenenergieerzeugung ermöglichen

Wir fordern, rechtliche und finanzielle Hürden, die Investitionen in dezentrale erneuerbare Energieerzeugungen entgegenstehen, konsequent abzubauen. Der Gemeinnützigkeitsstatus darf durch Eigenenergieerzeugung nicht gefährdet sein.

5. Betriebliches Mobilitätsmanagement stärken

Wir fordern eine Erleichterung der Elektrifizierung der Fahrzeugflotten durch bessere steuerliche Rahmenbedingungen und eine bessere, den Bedürfnissen der gemeinnützigen Träger angepasste, Förderung von Mobilitätskonzepten und dem betrieblichen Mobilitätsmanagement. Dies umfasst auch die Anerkennung von Organisationen, die sich für einen Einsatz des Jobtickets und für eine Ausweitung der Radnutzung einsetzen.

6. Nachhaltiges Verständnis von Wirtschaftlichkeit etablieren

Wir fordern, dass die Kosten der Nachhaltigkeit in der Refinanzierung von Investitionskosten additiv berücksichtigt werden, da der Kauf nachhaltiger Produkte und die Nachhaltigkeit von Immobilien oft mit höheren Kosten verbunden sind.

7. Eine gesundheits- und klimagerechte Gemeinschaftsverpflegung sicherstellen

Wir fordern, dass die Budgets in der Gemeinschaftsverpflegung mindestens eine Verpflegung nach den DGE-Qualitätsstandards und den verstärkten Einsatz von biologisch erzeugten und regionalen Lebensmitteln ermöglichen.

8. Zielgerichtete und angepasste Beratung durch die Energieagenturen der Länder

Wir fordern, dass die Energieagentur Rheinland-Pfalz wieder Beratungsangebote für gemeinnützige Einrichtungen in ihr Portfolio aufnimmt. Gleiches gilt auch für eine mögliche Energieagentur des Saarlandes. Dadurch wird die Landschaft der Landesfördermittel für soziale Träger transparenter und es wird deutlich, ob weitere separate Förderprogramme nötig sind.

Mainz und Saarbrücken, 31.03.2025

Kontakt:

BUND Rheinland-Pfalz e.V.
Sabine Yacoub
Landesgeschäftsstelle
Hindenburgplatz 3
55118 Mainz
Mobil 06131 / 62706 - 0
E-Mail: info@bund-rlp.de

Der Paritätische Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.
Michael Hamm
Feldmannstr. 92
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 92660 - 0
E-Mail: lgf@paritaet-rps.org

BUND Saarland e.V.
Christoph Hassel
Haus der Umwelt
Evangelisch-Kirch-Str. 8
66111 Saarbrücken
Tel.: 06 81 / 81370-0
E-Mail: info@bund-saar.de